

## Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Als nächster spricht für die Fraktion CDU/DA der Abgeordnete Jelen.

### Jelen für die Fraktion CDU/DA:

Herr Präsident! Hohes Haus! Ich bin etwas befremdet, was die Aufreihung all der Themen bei den Anträgen betrifft, und hätte ja noch viel mehr wichtige Punkte finden können, um noch mehr Anträge zu stellen.

(Dr. Keller, PDS: Das hätten Sie doch machen können!)

Sicher, das kann jeder machen, aber wenn die Dinge schon in Arbeit sind - ich werde auf einen dieser Punkte etwas genauer zu sprechen kommen, und andererseits ist ja schon darauf hingewiesen worden, wenn eine bestimmte Situation entstanden ist dadurch, daß etwa heute nacht eine Beitrittserklärung erfolgt ist mit Inkrafttreten am 3.10., dann ergibt sich daraus, daß einige der Anträge zu spät kommen oder zu früh.

(Zwischenruf von der PDS: Zu spät auf die Tagesordnung! Die Anträge liegen schon länger vor!)

Dies werden Sie selber ja feststellen, wenn es zum Beispiel um den Antrag Nr. 5 geht, die Wehrpflicht betreffend, dajm wäre dazu allgemein zu sagen, daß wir ja in der DDR eine Freiheit haben, uns zum Wehrdienst oder zum Zivildienst zu entscheiden, also ist da eine ganz andere Situation. Außerdem sind diese Regelungen künftig wohl, nachdem wir gestern die Beitrittserklärung hatten, im künftigen Bundestag zu treffen, im Einvernehmen mit der künftigen Regierung.

(Dr. Keller, PDS: Das habe ich erwartet, daß Sie das sagen. Dann können wir ja nach Hause gehen, wenn alles vom Bundestag und der Regierung entschieden wird!)

Teilweise kommt ein Antrag auch zu früh. Ich meine damit den Antrag Nr. 6, und auf den werde ich dann gerne noch etwas ausführlicher eingehen. Wie gesagt, viele Dinge sind ja in Arbeit.

Zu den militärpolitischen Leitsätzen: Es hat ja solche schon gegeben, Entwürfe. Durch den starken Wandel, durch die 2 + 4-Gespräche, KSZE usw., hat sich erwiesen . . . ,

(Dr. Keller, PDS: 4 + 2 heißt das!)

- In Ordnung. Das kommt am Ende auf dasselbe raus. -

(Dr. Keller, PDS: Das ist international so üblich!)

daß die Dynamik, die sich ergeben hat,

(Dr. Keller, PDS: Das ist die deutsch-nationale Überheblichkeit!)

immer wieder diese Leitsätze verändert hat.

Zum Punkt oder zum Antrag 7: Hier hat es einen Erkenntniswandel gegeben, das haben wir wohl alle gespürt miteinander, und ich denke, daß es diesen Erkenntniswandel auch in der PDS gegeben hat. Ich meine, daß wir etwas desinformiert gewesen sind, was die NATO betrifft, was sie militärisch und politisch bedeutet. Über ihre demokratischen Strukturen haben wir in der DDR herzlich wenig gewußt. Ich meine, daß der Antrag zum Teil aus Vorurteilen resultiert. Wir sind dafür, daß die demokratisch gewählten Organe im Abwägen mit den innenpolitischen Kräften Deutschlands sowie den außenpolitischen Kräften Europas die Entscheidungen treffen. Ich bin wie viele andere gegen einen Volksentscheid. Wir brauchten dann noch andere Entscheide, um andere politische Fragen zu lösen, andere wichtige politische Fragen.

(Zwischenruf von der PDS: Das können wir ja machen, richtig!)

Es freut mich, daß Sie sich so schön ärgern, das erhöht natürlich Ihre eigene Aufmerksamkeit für das, was ich nun noch sagen möchte. Ich möchte nämlich einen Punkt besonders ansprechen, das Konversionsgesetz. Es ist ja hier so schön geschrieben worden, das Konversionsgesetz, man kann das natürlich auch alles verschwätzen.

(Beifall und Heiterkeit bei der PDS)

Für die, die vielleicht mit dem Wort nicht so richtig umgehen können, es soll auch Abgeordnete geben, die fragen, was heißt denn das eigentlich, möchte ich sagen, das kommt von convertere, wenden, von einer militärischen Nutzung in eine zivile.

Ich möchte ganz kurz andeuten, daß sich der Ausschuß für Abrüstung und Verteidigung ganz besonders dem Konversionsproblem zugewandt hatte.

Ich spreche nicht im Namen des Ausschusses, sondern im Namen der Arbeitsgruppe für Abrüstung und Verteidigung der CDU und des DA und meiner Fraktion.

Wir hatten schon im Frühjahr den Hilferuf von Betriebsleitern der Rüstungsbetriebe gehört. Wir haben die Ghettoisierung der Rüstung in der DDR zur Kenntnis genommen: über 100 000 Beschäftigte, zum Teil hochqualifizierte, an hochwertigen Anlagen, versteckt unter Namen, wie Kombinat für Spezialtechnik. Hundertprozentige Rüstung, sonst nichts, keine zivile Produktion dabei, die man jetzt hätte weiterentwickeln können. Soziale Probleme jetzt noch und nöcher, die auch aus solcher falschen Organisation der Dinge resultieren, und die fehlende Liquidität bei stornierten Verträgen durch die Sowjetunion und durch die NVA auf Grund einer neuen sicherheitspolitischen Aufgabenstellung in Europa.

Wir haben solche Betriebe besucht, wir haben Unterstützung angemahnt, wir haben die staatliche Verantwortung gesehen, besonders in den Wochen um die Währungsumstellung herum.

Einzelne Betriebe waren unermüdlich in den Bemühungen um Arbeitsbeschaffung. Der Spezialbetrieb in Pinnow z. B. hatte über 100 Geschäftsanbahnungsversuche im April eingeleitet, aber sie haben alle nichts gebracht. Betriebsleiter haben sich zusammengetan und mit Spezialisten Vorarbeiten für ein Konversionsgesetz geleistet. Viele Ideen sind geschmiedet worden, z. B. für eine Stiftung Konversion für Umwelt.

Wir haben uns im Ausschuß bemüht und auch in der genannten Arbeitsgruppe. Wir haben im Ausschuß für Abrüstung und Verteidigung einen Unterausschuß für Konversion gebildet, weil uns die Dinge unter den Nägeln brannten und noch brennen. - Das voraus.

Worum sollte es in einem Konversionsgesetz überhaupt gehen? Sie vermuten wahrscheinlich, daß uns die Dinge weniger interessieren und wir sie weniger ernst nehmen. Das ist einfach falsch, und das sollte man selbst in einem Wahlkampf nicht sagen und nicht denken.

(Dr. Keller, PDS: Das machen wir nicht. Machen Sie gute Vorschläge, und wir gehen sofort gemeinsam.)

## Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie zwei Zwischenfragen?

### Jelen (CDU/DA):

Ich werde schnell das zu Ende führen, was ich mir zurechtgelegt habe. Dann möchte ich gern auf Anfragen antworten.

Es gibt Thesen zum Konversionsgesetz, Grundsätze sind da formuliert worden. Ich möchte das auch für die Öffentlichkeit, die hier durch die Medien beteiligt ist, weitergeben:

„Die Regierung ist für Organisation, Planung und Sicherstellung der militärischen und ökonomischen Konversion zuständig.“

Und das haben wir auch so gesehen und angemahnt.

„Dazu bedient sie sich des ihr unterstehenden Amtes für Konversion und Abrüstung.“

Das ist inzwischen geschaffen.

„In ihren Handlungen geht sie davon aus, daß das humane Anliegen der Konversion durch ihre ökologische und sozial verträgliche Gestaltung unterstrichen wird und eine für Europa sicherheitserhöhende Wirkung